

**EUROPÄISCHER KONVENT**

DAS SEKRETARIAT

**Brüssel, den 19. Juli 2002 (05.08)**  
**(OR. en)**

**CONV 205/02**

**ÜBERMITTLUNGSVERMERK**

---

Absender: das Sekretariat

Empfänger: der Konvent

---

Betr.: **Schlussdokument des Europäischen Jugendkonvents**

---

Die Mitglieder des Konvents erhalten anbei das Schlussdokument des Europäischen Jugendkonvents, der vom 9. bis 12. Juli 2002 in Brüssel stattgefunden hat.

## Schlussdokument des Europäischen Jugendkonvents

Brüssel, den 12. Juli 2002

### Einleitung

*"Die Union muss demokratischer, transparenter und effizienter werden. Und sie muss eine Antwort auf drei grundlegende Herausforderungen finden: **Wie können dem Bürger, vor allem der Jugend, das europäische Projekt und die europäischen Organe näher gebracht werden?** Wie sind das politische Leben und der europäische politische Raum in einer erweiterten Union zu strukturieren? Wie kann die Union zu einem Stabilitätsfaktor und zu einem Vorbild in der neuen multipolaren Welt werden?"*

Aus der "Erklärung von Laeken zur Zukunft der Europäischen Union"

Die Jugend in den Aufbau der Europäischen Union einzubeziehen, war eines der ausdrücklichen Ziele der Erklärung von Laeken. Junge Menschen sind nicht nur wichtig für die Zukunft Europas, sondern sie haben auch im Europa von heute eine wesentliche Rolle zu spielen. Die beeindruckenden Ergebnisse des Jugendkonvents lassen keinen Zweifel daran, dass junge Menschen nicht nur deshalb einbezogen werden sollten, weil sie jung sind, sondern auch, weil sie einen wirklichen Beitrag zum Aufbau der Europäischen Union von morgen leisten können.

Wenn wir in die Zukunft schauen, so können wir dies mit Selbstbewusstsein tun, einem Selbstbewusstsein, das sich auf die Errungenschaften des erfolgreichsten Integrationsmodells der Welt gründet. Die europäische Integration hat mit ihrem auf Rechtsstaatlichkeit basierenden Konfliktlösungsansatz Millionen von Bürgern in bis dahin nicht gekannter Weise Frieden, Stabilität und Wohlstand gebracht. Für die Jugend von heute, die am stärksten europäisch ausgerichtete Generation überhaupt, ist die europäische Zusammenarbeit ein selbstverständlicher Weg zur Klärung unserer gemeinsamen Fragen. Wir haben keine Ängste oder Vorbehalte aus der Vergangenheit mehr und können daher vertrauensvoll unserer gemeinsamen europäischen Zukunft entgegensehen.

Schon heute ist Europa mehr als ein technokratisches oder ökonomisches Konzept, aber wir müssen es als politische Gemeinschaft, die auf gemeinsamen Werten gründet und eine Vision eines vereinten und friedlichen Kontinents bietet, weiterentwickeln. Diese Vision von Europa war für frühere Generationen ein Traum; nun sind wir dabei, diesen Traum Wirklichkeit werden zu lassen. Gegenwärtig sehen mehr und mehr Jugendliche die Lösung für die Mängel und Widersprüche der Union von heute in einer Vereinfachung der Verträge.

Junge Menschen, die sich auf lokaler, regionaler, nationaler und europäischer Ebene engagieren, können eine wichtige Rolle spielen, indem sie die Diskussion anregen und sich für bürgerschaftliches Engagement und eine europäische Identität einsetzen. Viele von ihnen tun dies in Jugendorganisationen und anderen Nichtregierungsorganisationen, die häufig gezeigt haben, dass sie in der Lage sind, die am stärksten marginalisierten und ausgegrenzten Gruppen der Gesellschaft zu erreichen und zu vertreten. Doch obgleich junge Menschen ein Drittel der wahlberechtigten Unionsbevölkerung darstellen, sind sie in den beschlussfassenden Gremien der EU weiterhin unterrepräsentiert. Dem sollte unserer Ansicht nach durch eine größere Anstrengung aller betreffenden Gremien abgeholfen werden.

Der Jugendkonvent hat unsere Auffassungen verdeutlicht: Die hier vertretenen jungen Menschen fordern eine Europäische Union, die eine Vision einer geeinten und demokratischen Zukunft bietet, deren Regierungsstrukturen den Bürgern zugänglich sind und die über die entsprechenden Instrumente und die Legitimität verfügt, um ihre Erwartungen erfüllen zu können. Unsere Forderungen sind kühn: Wir fordern eine umfassende Reform der EU, die die Union in die Lage versetzt, die Herausforderungen von heute anzunehmen und die Chancen von morgen zu ergreifen. Ein Europa der Einheit in Vielfalt ist realisierbar. Wir bitten Sie nicht um mehr als das, was wir selbst bereit und fähig waren, für uns zu tun.

## **Aufgaben und Visionen für die Europäische Union**

Wir, die europäische Jugend, haben die historische Chance, unsere Meinungen zur Zukunft unseres Kontinents zu äußern.

Wir sind die erste Generation, die in einem Europa ohne den Eisernen Vorhang lebt.

Wir wollen ein tolerantes, offenes Europa, in dem jeder seinen Platz findet. Wir wollen ein Europa, das auf die Grundwerte von Frieden, Freiheit, Dialog, Gleichheit, Solidarität und der Wahrung der Menschenrechte aufgebaut ist und auf dem Grundsatz der Gleichheit aller Mitgliedstaaten basiert. Im Zentrum unserer Vision steht ein Europa, das für seine Bürger verantwortlich ist und ihnen Rechenschaft ablegt. Es ist Zeit, für eine echte Europabürgerschaft zu sorgen.

Das Europa der Bürger ist ein Europa, das sich um den sozialen Zusammenhalt in der Union und in der ganzen Welt bemüht. Es ist ein Europa, das sich dem Frieden und dem Respekt verpflichtet fühlt, das im Stande ist, europäische Antworten auf europäische Fragestellungen zu finden und dabei die Identität und das Erbe achtet, die mit der regionalen und nationalen Zugehörigkeit verbunden sind. Der europäische Bürger/die europäische Bürgerin darf nicht nur als losgelöstes Individuum betrachtet werden, sondern muss vor seinem bzw. ihrem sozialen, kulturellen und ökologischen Hintergrund gesehen werden. Dieser Hintergrund wird vor allem von seiner oder ihrer nationalen Identität bestimmt. Unsere gemeinsame europäische Identität kann diese nationalen Wurzeln nicht ersetzen, sie aber ergänzen und erweitern.

Wir sollten uns dafür engagieren, ein Europa zu bauen, das beratschlagt, um zu entscheiden, das über demokratischere, transparentere Institutionen und effizientere Entscheidungsstrukturen verfügt, ein Europa, das uns, den Bürgern, näher ist. Ziel der Europäischen Union sollte es sein, die Demokratie, die Modernisierung der ökonomischen und sozialen Strukturen, den Umweltschutz und die Bekämpfung von Ausgrenzung und Armut voranzubringen.

Wir brauchen ein Europa, das auf der internationalen Bühne präsent ist und großen Einfluss auf die wichtigen internationalen strategischen Entscheidungen hat und daher auch im Stande ist, brauchbare Antworten auf die Herausforderungen der Globalisierung zu geben. Um nicht länger ein politischer Zwerg zu sein, muss Europa die Mittel bekommen, sich selbst als eine vereinte globale Kraft zu positionieren.

1. Europa ist nicht nur eine wirtschaftliche und politische, sondern auch eine soziale Größe mit einer beträchtlichen kulturellen Vielfalt. Daher muss Europa bereit sein, seine größten sozialen und politischen Errungenschaften weiter zu verbessern und zu entwickeln. Wir

nehmen sehr deutlich war, dass die soziale Absicherung überall auf dem Kontinent zu einem Bestandteil unserer Identität geworden ist. Soziale Rechte sind Grundrechte und Teil des europäischen Bürgerstatus. Heute kann nur die europäische Ebene dafür sorgen, dass es allen wohl ergeht. Damit Europa ein Raum wird, in dem es allen wohl ergeht, sollte die EU gemeinschaftliche Rechtsvorschriften auf den Gebieten der Sozialpolitik und der Chancengleichheit entwickeln. Die Grundrechtecharta ist ein zentrales Instrument bei der Schaffung eines Europas der Bürger, vorausgesetzt, sie wird rechtsverbindlich. Daher muss sie zum ersten Kapitel einer europäischen Verfassung werden. Die Union muss allen europäischen Bürgern erlauben, Anteil an der gemeinsamen Solidarität zu haben, Anerkennung, Mobilität und Freiheiten zu genießen. Dies impliziert eine soziale Harmonisierung, die eine Koordinierung der Lohnpolitik und damit den Abschluss von unionsweit anerkannten Tarifverträgen möglich macht. Dazu brauchen wir ein Europa, das die öffentlichen Dienstleistungen verteidigt und ihren Auftrag bewahrt.

Nach dem Binnenmarkt und dem Euro ist es nun an der Zeit, einen Rahmen für die europäische Kultur zu schaffen. Dies bedeutet, dass Ausbildungs- und Mobilitätsprogramme für junge Menschen gefördert werden müssen, damit ein freier und offener Arbeitsmarkt entsteht. Damit könnten auch die Probleme der Anerkennung der Diplome und der beruflichen Qualifikationen gelöst werden. Wir schlagen vor, Unterricht über den Prozess der europäischen Integration einzuführen.

2. In der europäischen Verfassung muss klar und nachvollziehbar festgelegt werden, welche Zuständigkeiten bei der Union und welche auf der nationalen Ebene angesiedelt sind, damit die Menschen verstehen, wer für was verantwortlich ist und wie sie selbst einen Beitrag zum politischen Prozess leisten können. Die Verteilung der Zuständigkeiten muss nach dem Subsidiaritätsprinzip erfolgen, das dem Gedanken, den Menschen ins Zentrum der Europäischen Union zu stellen, am ehesten entspricht.
3. Eines der grundlegenden Ziele der europäischen Integration ist es, für nachhaltige Entwicklung auf dem Kontinent zu sorgen. Wirtschaftswachstum sollte einhergehen mit einer gesunden Sozialpolitik, die auf die Steigerung der Erwerbsquote und die Sicherstellung der Grundrechte der Arbeitnehmer, insbesondere der jungen Menschen, ausgerichtet ist. Es müssen leistungsfähigere EU-Strategien zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit entwickelt werden. Desgleichen muss für klare ökologische Standards gesorgt werden, so auch im Bereich der atomaren Sicherheit. Wenn Europa in eine sichere Zukunft blicken will, ist der Ausstieg sowohl der Mitgliedstaaten als auch der Beitrittsländer aus der Kernenergie erforderlich. In der Übergangsphase - bis alle betreffenden Kraftwerke stillgelegt sind - müssen für alle Kernkraftwerke hohe und verbindliche Sicherheitsstandards durchgesetzt werden, um unsere Sicherheit zu gewährleisten. Darüber hinaus muss die EU erneuerbare Energien fördern.

4. Damit die Europäische Union tatsächlich zu einem Raum der Solidarität wird, brauchen wir einen soliden und umfangreicheren europäischen Haushalt. Er sollte auf gerechtere Weise finanziert werden, als es heute der Fall ist. Es sollte in diesem Zusammenhang über die Einführung gemeinsamer Steuern nachgedacht werden, um die Union auf die Herausforderungen der kommenden Jahre vorzubereiten. Dazu gehört auch die Einführung einer gemeinsamen Kapitalertragsteuer und einer Energieverbrauchsteuer (ausgenommen für erneuerbare Energien), wodurch sich Steuerkonkurrenz und Sozialdumping vermeiden ließen.
5. Bildung ist ein wesentlicher Faktor für Innovation und für die Befähigung zur aktiven Teilhabe an der Gesellschaft. Es ist unsere Aufgabe sicherzustellen, dass Bildung für alle kostenlos ist und Ausbildungsmöglichkeiten geboten werden.
6. Die Gleichheit aller Menschen muss im Mittelpunkt des europäischen Projekts stehen. Sie ist von zentraler Bedeutung für das Konzept der europäischen Bürgerschaft. Wir wollen Diskriminierung in jeder Form und auf allen Ebenen unserer Gesellschaft bekämpfen. Egal ob geschlechtsspezifische, ethnische oder soziale Gründe, Sprache, Religion oder Weltanschauungen, politische Überzeugungen, Behinderungen, Alter oder sexuelle Orientierung das Motiv sind: Wir können keinerlei systematische Ungerechtigkeit dulden.

Die Europäische Union sollte alle ihre Bürger achten und wertschätzen. Sie sollte die nationalen Aktionspläne gegen Ausgrenzung und Armut unterstützen. Diese Pläne sollten gemeinsame Erfolgsindikatoren haben, damit sichergestellt wird, dass alle Unionsbürger in Würde leben können.

Die Europäische Union muss eine auf Solidarität und Freiheit beruhende Union sein. Sie muss ein gemeinsames System für die wirtschaftlich begründete Einwanderung und ein gerechtes und sicheres Asylsystem beschließen. Die Europäische Union muss sich für die Belange und die Rechte junger Menschen einsetzen. Aktionspläne müssen junge Menschen zur aktiven Teilhabe an der Gesellschaft befähigen.

7. In Einklang mit der Vision eines Vereinten Europas betrachten wir alle europäischen Länder als künftige Mitgliedstaaten der EU und unterstützen die Erweiterung der Union. Durch die Erweiterung wird eine größere Region des Friedens und der Stabilität auf dem europäischen Kontinent mit allen entsprechenden Vorteilen geschaffen. Seit Beendigung des Kalten Krieges gibt es Hoffnung auf Stabilität und ein friedliches Zusammenleben auf dem gesamten Kontinent. Diese Aussicht auf Stabilität und Sicherheit wird dazu führen, dass ein Raum des Wohlstands und der nachhaltigen sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung entsteht.

8. Die internationale Zusammenarbeit ist auch ein Mittel gegen Nationalismus, ethnische Konflikte und Diktaturen. Die Europäische Union muss sich überall auf der Welt für Frieden, Demokratie, Menschenrechte, Abrüstung und Entwicklung einsetzen. Menschenrechte sind keine innenpolitische Angelegenheit; sie müssen auf internationaler Ebene bewahrt werden. Da die ungleiche Verteilung von Reichtum auf der Welt eine Gefährdung des Friedens darstellt, ist die wirtschaftliche Zusammenarbeit an sich schon ein Instrument der Sicherheitspolitik. Es bedarf einer gerechten, kohärenten und durchsetzungsfähigen Politik für Entwicklung und Zusammenarbeit. Die EU trägt besondere Verantwortung für ihre Nachbarn und wir betrachten - wie bereits oben dargelegt - alle europäischen Länder als künftige Mitgliedstaaten der EU.
9. Die Europäische Union der Zukunft muss ihren Bürgern und insbesondere jungen Menschen echte Partizipationsmöglichkeiten bieten.
10. Dem Konvent zur Zukunft Europas muss ein Durchbruch bei der Reform der Europäischen Institutionen gelingen. Die Zuständigkeiten der EU und ihrer Mitgliedstaaten müssen geklärt werden. Es bedarf eindeutiger Regeln für die Organe und für die Verfahren der Beschlussfassung. Das Subsidiaritätsprinzip sollte immer beachtet werden. Es sollte geklärt werden, welche Rolle die Regionen spielen und über welche Befugnisse die nationalen Parlamente und die nationalen Regierungen verfügen. Besondere Beachtung sollte die Frage erhalten, wie die Stellung der weniger bevölkerten Mitgliedstaaten gewahrt werden kann. Es sollte ein wirklich demokratischer Rahmen für die Union in Form eines föderalen parlamentarischen Systems geschaffen werden.
11. Damit tatsächlich ein starkes Europa für die Zukunft entsteht, muss die EU ihrer Jugend besser zuhören und die interkulturelle und grenzüberschreitende Kommunikation fördern. Es ist wichtig, mehr Begegnungsprogramme für gleichaltrige junge Menschen zu schaffen, die dieselben Interessen haben. Man sollte junge Künstler, Philosophen, Psychologen, Soziologen und Politiker zusammenbringen; sie sollten ihre Meinungen äußern und diese Äußerungen sollten Gehör finden. Ein erfolgreiches Europa sollte durch gemeinsame und tagtägliche Bemühungen aufgebaut werden.

Wir, die Mitglieder des Europäischen Jugendkonvents, sind bereit, die Zukunft unserer Generation, die Zukunft unseres Kontinents zu gestalten. Wir glauben, dass ein Jugendkonvent vor allem den unmissverständlichen Anspruch haben sollte, Europa den Jugendlichen näher zu bringen. Wir brauchen eine kohärente Jugendpolitik, die eindeutige Antworten auf jugendspezifische Fragen gibt. Wir erwarten von Europa eine klare Vision für die Bereiche Bildung, Informationsgesellschaft, interkultureller Jugendaustausch, Jugendbeschäftigung und für die Lösung der Alltagsprobleme marginalisierter junger Menschen. Das ist es, wozu wir, die Jugend Europas, die Europäische Union brauchen.

## **Demokratie und Partizipation in der Europäischen Union - Für eine europäische Demokratie**

Brüssel und das politischen Geschehen dort kommt uns als Bürgern weit entfernt vor. Die beunruhigend niedrige Beteiligung an den Wahlen zum Europäischen Parlament zeigt dies. Weder die Bürger im Allgemeinen noch wir, die Jugend, im Besonderen, verstehen, wer in diesem Labyrinth des europäischen Rechts für welche Politik verantwortlich ist. Bei den Regierungskonferenzen und den EU-Gipfeltreffen von Maastricht bis Nizza ist deutlich geworden, dass die Beschlussfassungsverfahren der EU weder transparent noch demokratisch noch effizient sind.

Wir, die Jugend Europas, ersuchen den Europäischen Konvent, sich um mehr Demokratie, Transparenz und Effizienz zu bemühen, damit der Kontakt zu den Bürgern wiederhergestellt wird. Um dieses Ziel zu erreichen, muss das Wesen der EU grundlegend reformiert werden. Diese Reformen sollten zu einer föderalen, auch die Grundrechtecharta beinhaltenden Verfassung, einer klareren Aufteilung der Zuständigkeiten und einer erneuerten institutionellen Struktur für Europa, in der die Jugend Europas mehr zu sagen hat, führen.

### Die Grundrechtecharta

Die Grundrechtecharta muss ein zentraler Bestandteil dieser Verfassung werden. Sie muss Rechtsverbindlichkeit erhalten und das Kernstück der Verfassung bilden.

### Zuständigkeiten

Die Union von morgen muss auf Dezentralisierung und Vielfalt ausgerichtet sein und nicht auf kleinliche Bürokratie und Überregulierung. Das heißt, dass der EU künftig nur solche Entscheidungen übertragen werden, die nicht auf nationaler oder regionaler Ebene getroffen werden können. Die Wahrnehmung dieser Zuständigkeiten sollte gemäß den beiden Grundsätzen Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit erfolgen, deren Einhaltung sorgfältig zu überwachen ist. Der Grundsatz der Subsidiarität bedeutet, dass Beschlüsse auf der jeweils niedrigsten Regierungsebene getroffen werden sollten. Es sollte einen Katalog geben, aus dem hervorgeht, welche Zuständigkeiten ausschließlich die EU innehat und welche Zuständigkeiten zum Teil die EU und zum Teil die Mitgliedstaaten übernehmen, und es sollte deutlich gesagt werden, dass alle anderen Zuständigkeiten bei den Mitgliedstaaten liegen. Um ein leicht verständliches und effizientes politisches System für die Europäische Union zu schaffen, sollten die zweite und die dritte Säule mit der ersten verschmolzen werden und so für eine integrierte EU-Politik auf allen Gebieten gesorgt werden.

### Institutionelle Struktur

Die Union benötigt ein demokratisches, offenes und transparentes Beschlussfassungssystem, das ihren Bürgern gegenüber rechenschaftspflichtig ist, damit die Beziehung zwischen den Menschen in Europa und den Entscheidungen, die in ihrem Namen getroffen werden, wiederhergestellt wird.



Dieses System sollte auf dem demokratischen Grundsatz der Gewaltenteilung beruhen.

Als das einzige demokratisch und direkt gewählte Organ sollte das Parlament, das die Bürger vertritt, in allen Politikfeldern mitentscheiden. Es sollte umfassende Zuständigkeit für den Haushalt sowie das Initiativrecht erhalten. Brüssel sollte der einzige Sitz des Europäischen Parlaments und seines Sekretariats sein. Ferner sollte das Europäische Parlament das Recht haben, den Präsidenten der Europäischen Kommission vorzuschlagen und zu wählen, und dazu befugt sein, einzelne Mitglieder der Kommission zu entlassen und den Kommissionspräsidenten seines Amtes zu entheben. Die Mitglieder des Europäischen Parlaments sollten im Rahmen vereinheitlichter europäischer Wahlen gewählt werden.

Die Tagungen des Rates sollten öffentlich sein. Die verfassungsrechtlichen Regionen sollten im Einvernehmen mit ihren Mitgliedstaaten an den Tagungen des Ministerrats teilnehmen, wenn Themen behandelt werden, die in den Zuständigkeitsbereich dieser Regionen fallen. Der Rat sollte zu einer echten zweiten Kammer umgestaltet werden, die gemeinsam mit dem Europäischen Parlament über das EU-Recht entscheidet. Beschlüsse in besonders sensiblen Bereichen können mit einer doppelten Mehrheit von Staaten und Einwohnern getroffen werden. Das Vetorecht sollte aus dem Beschlussfassungssystem der Union gestrichen werden.

Die Europäische Kommission ist die Garantin der europäischen Verfassung. Sie muss in eine echte europäische Exekutive verwandelt werden. Sie muss dem Parlament und dem Rat gegenüber voll rechenschaftspflichtig sein. Die Europäische Kommission muss die Interessenvertreter der Zivilgesellschaft anhören, wenn sie ihr Initiativrecht ausübt.

Alle Angelegenheiten, die in die Zuständigkeit der Union fallen, sollten dem Gerichtshof unterstehen. Jeder Bürger sollte das Recht haben, den Gerichtshof anzurufen. Im Zusammenhang mit der bevorstehenden Erweiterung der EU werden alle Amtssprachen der Mitgliedstaaten als Amtssprachen der EU anerkannt.

Die Ergebnisse des Konvents müssen in einem europäischen Referendum bestätigt werden, damit gewährleistet ist, dass in letzter Instanz die Bürger über die Zukunft ihres Europas entscheiden.

#### Die Einbeziehung der europäischen Jugend

Die Reformen der Europäischen Union sollten nicht auf institutionelle Veränderungen und eine Neuverteilung der Zuständigkeiten beschränkt bleiben. Die künftige EU sollte ein von seinen Bürgern gestaltetes Europa sein, das ihren Interessen und Bedürfnissen dient. Durch einen stärker strukturierten und institutionalisierten Dialog mit der Zivilgesellschaft sollte sichergestellt werden,

dass die EU über Fragen entscheidet, die für die Bürger der Union tatsächlich von Belang sind.

Die Union sollte in ihrem Beschlussfassungssystem ihre Vielfalt in Bezug auf sprachliche, ethnische und andere soziale Zugehörigkeit berücksichtigen und sie sollte überprüfbare Ziele zur Bekämpfung der sozialen Ausgrenzung und der Beseitigung der Armut festlegen und für ihre Verwirklichung sorgen. Die Jugend Europas muss so früh wie möglich in die Beschlussfassungsverfahren der europäischen Organe einbezogen werden. Der Konsultationsprozess für das Weißbuch "Jugend" war ein gutes Beispiel dafür, wie die EU-Organe mit der Jugend, unseren Organisationen und anderen Kräften der Zivilgesellschaft zusammenarbeiten können.

Als Vertreter der Jugend ersuchen wir daher den Europäischen Konvent, für Folgendes zu sorgen:

- Der Gedanke des Weißbuchs "Jugend", einen Jugendausschuss einzurichten, sollte bei den europäischen Institutionen direkt Gehör finden.
- Der Konvent sollte eine Informationsstrategie ausarbeiten, mit deren Hilfe mehr Bürger in die Diskussion über die Zukunft Europas einbezogen werden.
- In diesem Zusammenhang sollten Bürger aus allen Bereichen des Lebens die Möglichkeit erhalten, sich engagiert an dieser Diskussion zu beteiligen. Die Europäische Union erkennt an, wie wichtig die Beteiligung aller europäischen Bürger an der Entwicklung und Umsetzung von Politik in der europäischen Union ist. Die EU erkennt insbesondere die grundsätzliche Berechtigung marginalisierter Gruppen, wie Behinderten und Menschen, die zu einer ethnischen, kulturellen oder sprachlichen Minderheit gehören, auf Beteiligung an diesem Prozess an.
- Die EU sollte auf dieser Grundlage neue Möglichkeiten für die Information und politische Bildung junger Menschen über Europa erarbeiten, um sicherzustellen, dass die Bürger wissen, wie ihr politisches System aussieht, und gleichzeitig der Gedanke einer gemeinsamen Identität und gemeinsamer Werte gefördert wird. In jeder Grundschule und weiterführenden Schule muss Unterricht über die europäische Kultur, die europäische Bürgerschaft und die europäischen Organe erteilt werden. Über die Zahl der Stunden pro Jahr entscheidet jedes einzelne Land.
- Darüber hinaus sollte eine enge Beziehung zwischen jungen Parlamentariern und jungen Menschen in ihrem Wahlkreis entstehen, so dass die jungen Menschen die Möglichkeit erhalten, europäische Politik zu erleben.
- Alle EU-Bürger sollten einen für alle Mitgliedstaaten gleichen EU-Pass erhalten.

## Europa in einer globalisierten Welt

Die Herangehensweise Europas an die Beziehungen zu anderen Regionen der Welt, seine Außenpolitik, die Herausforderung, für Frieden und Stabilität zu sorgen, sowie seine Verteidigungsstrukturen müssen sich auf die europäischen Werte der Demokratie, Freiheit, Gleichheit, Solidarität und der Achtung der Menschenrechte gründen.

Die Globalisierung hat zu einer multipolaren Weltordnung mit zunehmender gegenseitiger Abhängigkeit und gleichzeitig einer wachsenden Zahl von Akteuren geführt. Dazu gehören internationale Organisationen, NRO, weltweit operierende Großunternehmen und Privatleute. In dieser komplexen Weltordnung finden die Interessen der europäischen Bürger nur Beachtung, wenn wir mit einer Stimme sprechen.

Die Demokratisierung und die nachhaltige Entwicklung müssen Prioritäten der internationalen Bemühungen Europas sein. Aus diesem Grund ist es wichtig, weiterhin einen aktiven Dialog mit denjenigen zu führen, die am Rande der heutigen Welt leben, da es keinen globalen Fortschritt geben kann, solange es einen wirtschaftlichen Graben zwischen der nördlichen und der südlichen Hemisphäre gibt. Außerdem müssen wir nachdrücklich Gespräche über nukleare und konventionelle Abrüstung fördern.

Nur supranationale Institutionen sind in der Lage, für Stabilität zu sorgen und Einfluss auf die Kräfte der Globalisierung zu nehmen. Wir wollen, dass sich die EU für eine kooperativere Welt einsetzt. Die EU muss die Zusammenarbeit insbesondere im außenpolitischen Bereich verstärken. Folgende Schritte müssen unternommen werden:

### Weiterentwicklung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik

Die Außenpolitik muss eine ausschließliche Zuständigkeit der Europäischen Union werden. Die Außen- und die Sicherheitspolitik sollten zusammengefasst und die Entscheidungen demokratisch vom Europäischen Parlament und dem Rat getroffen werden. Es sollte ein einziges Kommissionsmitglied für Außenpolitik geben, das die gemeinsame Politik umsetzt.

### Für Sicherheit in Europa sorgen

Die EU sollte einen umfassenden Ansatz zur Förderung von Frieden und Sicherheit verfolgen, der sich auf folgende Komponenten stützt: 1) Konfliktverhütung, 2) Krisenmanagement unter Einbeziehung der Schnellen Eingreiftruppe (RRF) sowie der Petersberg-Aufgaben, 3) Aufbau von Institutionen im Anschluss an einen Konflikt. Die EU muss eine Verteidigungsidentität entwickeln. Die Schnelle Eingreiftruppe erlaubt Europa, sich an Einsätzen zur Friedenserhaltung und zum Krisenmanagement zu beteiligen. Europa ist jedoch außer Stande, ohne die Mittel der NATO zu operieren, und hat im Hinblick auf die Verteidigung der EU keine Rolle inne. Eine europäische Armee wird kostengünstiger und militärisch wirksamer sein. Es sollte allerdings kein Mitgliedstaat

gegen seinen Willen gezwungen werden, sich an einer europäischen Verteidigungsstruktur zu beteiligen. Die EU wird das Recht jedes Mitgliedstaates achten, sich internationalen Kooperationsübereinkünften außerhalb der EU anzuschließen.

### Solidarität mit den Entwicklungsländern

Nur indem wir für mehr soziale Gerechtigkeit und weltweite Solidarität sorgen, können wir die Grundlagen für Frieden und Stabilität schaffen. Die EU sollte bis 2004 das Ziel der Vereinten Nationen (zur Entwicklungshilfe) von 0,7 % des BIP erreichen, wobei der größte Teil von der Union beigesteuert wird. Die EU sollte den Entwicklungsländern Priorität einräumen und die EU-Märkte für deren Exporte öffnen. Sie sollte ferner ihr Entwicklungshilfebudget gleichmäßig zwischen den Regierungen und den NRO aufteilen. Um die ärmsten Länder von enormen Schuldenlasten zu befreien, muss der Schuldenerlass auf der Grundlage von Übereinkünften zwischen Geber- und Empfängerländern vorangebracht werden. Der Schuldenerlass sollte an Fortschritte im Bereich der Menschen- und Grundrechte geknüpft werden.

### Einwanderung und Asyl

Einwanderung ist abgesehen davon, dass sie unter wirtschaftlichen Aspekten nützlich ist, eine historische und natürliche Erscheinung und ein besonderes Merkmal der europäischen Kultur. Durch die Globalisierung des Marktes ist die Globalisierung der Grundrechte und damit die Freizügigkeit noch wichtiger geworden. Die EU muss aus diesem Grund eine gemeinsame, aktive Einwanderungs- und Integrationspolitik betreiben und diese Politik in der europäischen Gesellschaft durch kontinuierliche Bildungsbemühungen verankern. Alle Mitgliedstaaten sollten gleichermaßen für den Schutz der Außengrenzen der EU verantwortlich sein.

### Der Kampf gegen Aids

Die EU muss dringend einen europäischen Plan zur Bekämpfung von AIDS im Sinne der Übereinkommen der Vereinten Nationen entwickeln. Die EU sollte Maßnahmen treffen, um die Herstellung und Verteilung von Generika gegen Aids zu erleichtern.

### Der internationale Handel

Sicherzustellen, dass die weltweiten Kapital-, Informations- und Handelsströme der Gesellschaft nutzen, bedeutet für den einzelnen Nationalstaat eine zu große Aufgabe. Die EU sollte sich stärker für eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen auf der ganzen Welt und für die Bekämpfung wettbewerbsfeindlicher Praktiken einsetzen. Die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) und die Zollpolitik der EU versperren den ärmsten Ländern der Welt den Zugang zu den europäischen Märkten, verhindern Entwicklung und reduzieren den Handel. Die politischen Ansätze der EU im Hinblick auf die Welthandelsorganisation, den IWF, die Weltbank und die GATS-Verhandlungen müssen der Notwendigkeit sozialer Entwicklung und der Erhaltung öffentlicher Dienstleistungen (z.B. in den Bereichen Bildung, Gesundheit und öffentliche Verkehrsmittel) Rechnung tragen.

### Eine führende Rolle in der Weltordnungspolitik

Die EU sollte führend für eine Weltordnungspolitik eintreten. Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte und die Erklärung der Rechte des Kindes bilden zusammen mit anderen europäischen Werten eine tragfähige Grundlage für einen europäischen Beitrag im Rahmen der internationalen Organisationen. Die EU muss in internationalen Institutionen mit einer Stimme sprechen.

Damit die EU effizient, aber auch transparenter und bürgernäher wird, sollte sie ferner in Betracht ziehen, einen ständigen Dialog mit der Zivilgesellschaft zu führen und die Tausende von Menschen einzubeziehen, die sich neuen sozialen Bewegungen angeschlossen haben und über eine andere Form der Globalisierung - die soziale Globalisierung, die Globalisierung der Rechte - diskutieren.

Die EU sollte sich für eine Stärkung der Rolle der OECD, der Weltbank und des IWF als Instrumenten der Wirtschaftspolitik und der OSZE und des Europarates als politische Instrumenten einsetzen. Sie sollte sich voll und ganz den Vereinten Nationen als der vorrangigen, im Bereich der internationalen Beziehungen tätigen Organisation verpflichtet fühlen. Die EU sollte sich um eine eigene Vertretung in den Vereinten Nationen anstelle einer nationalen Vertretung von Staaten bemühen. Sie muss für den Grundgedanken einer internationalen Strafgerichtsbarkeit eintreten, indem sie den Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) unterstützt.

### Nachhaltigkeit

Der weltweite Schutz der Umwelt muss in der europäischen Außenpolitik an erster Stelle stehen. Die EU sollte sich in der internationalen Gemeinschaft für die Frage des Umweltschutzes einsetzen und sich darum bemühen, dass die internationalen Übereinkünfte zum Umweltschutz weltweit umgesetzt werden.

Das Protokoll von Kyoto markiert zwar einen Wendepunkt in der internationalen Politik, es ist aber nur die Grundlage für den weiteren Aufbau einer extrem wichtigen Zusammenarbeit im Umweltbereich.

Es sollte in Betracht gezogen werden, EU-weit eine Umweltsteuer einzuführen, und die Unternehmen sollten für Umweltschäden, die sie verursachen, zur Rechenschaft gezogen werden und für ihre Produkte vom ersten bis zum letzten Tag verantwortlich sein. Nachhaltige Entwicklung ist der einzige Weg, wie langfristiger weltweiter Fortschritt sichergestellt werden kann, und die EU sollte dafür eintreten, dass Konzepte der nachhaltigen Entwicklung an die Stelle von kurzfristigen Projekten treten, die auf unmittelbaren, aber vergänglichen Profit ausgerichtet sind.

### Wissenschaft und Forschung

Europa muss mit anderen Regionen der Welt in der Forschung zusammenarbeiten. Eine solche Zusammenarbeit könnte wissenschaftliche Entwicklungen beschleunigen und ihre Wirksamkeit erhöhen sowie weltweit zur Demokratisierung und zu wachsendem Wohlstand beitragen.

### Internationaler Terrorismus

Die EU muss nationalen und internationalen Terrorismus bekämpfen, da er eine Bedrohung der Demokratie, des Friedens und der Sicherheit darstellt. In dieser Hinsicht ist es sehr wichtig, in den Ländern, in denen der internationale Terrorismus am stärksten präsent ist, die Demokratisierung, die Zivilgesellschaft und die Entwicklungschancen der Menschen zu fördern.

### Zusammenarbeit mit anderen Regionen der Welt

Besondere Beachtung schenken müssen wir den Nachbarländern Europas, so den Mittelmeerländern und der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten, und Ländern, zu denen Europa starke historische und kulturelle Bindungen hat, wie die lateinamerikanischen Staaten.

Die Erweiterung darf nicht zur Entstehung eines neuen Eisernen Vorhangs in Europa führen. Die EU muss die Zusammenarbeit mit ihren östlichen Nachbarn als Priorität betrachten. Ein verstärktes Engagement der EU in diesen Ländern wird dazu beitragen, junge Demokratien zu stärken, Menschenrechtsverletzungen vorzubeugen und eine freie Marktwirtschaft zu entwickeln.

Das Mittelmeer bildet die Südgrenze der EU. Die Europa-Mittelmeer-Zusammenarbeit im Rahmen des Barcelona-Prozesses sollte eine der Prioritäten der Außenpolitik der EU sein, um die Stabilität dieser sensiblen Region zu fördern. Die Europäische Union muss ihr Engagement zur Erhaltung von Stabilität und zur Förderung von Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und Grundfreiheiten in allen Gebieten Europas, in denen diese Werte nicht geachtet werden, stärker unter Beweis stellen.

Europa muss seine historischen und kulturellen Verbindungen zu Lateinamerika dazu einsetzen, die demokratische, soziale und wirtschaftliche Entwicklung in dieser wichtigen Region voranzubringen. Die Beziehung zwischen den Vereinigten Staaten und Europa ist in den letzten Jahrzehnten ein wichtiger Stabilisierungsfaktor gewesen, und dies sollte auch in den kommenden Jahren so bleiben. Der europäisch-arabische Dialog sollte intensiviert werden. Die EU sollte entsprechende Beziehungen aufbauen und eng mit anderen regionalen Strukturen wie dem MERCOSUR, dem ASEAN und der Afrikanischen Union zusammenarbeiten.

Europa sollte sich auf internationaler Ebene für seine verschiedenen Kulturen und Werte einsetzen. Wir müssen die Werte und Kulturen anderer Menschen achten und den kulturellen Austausch und die kulturelle Zusammenarbeit, insbesondere der Zivilgesellschaft und der jungen Menschen, fördern. Die Jugend in Europa sollte die Möglichkeit erhalten, Fähigkeiten und Kenntnisse zu erwerben, um den Herausforderungen einer globalisierten und auf Wettbewerb ausgerichteten Welt begegnen zu können und ihre Rolle in diesem Kontext verstehen zu lernen.

## Schlussfolgerungen

Die in diesem Dokument enthaltenen Empfehlungen sind das Ergebnis der dreitägigen Arbeit von 210 Delegierten aus 28 Ländern. Wenn dieser Jugendkonvent und unsere Ergebnisse mehr sein sollen als nur eine PR-Sache, so müssen unserer Ansicht nach diese Empfehlungen in die Diskussionen der Arbeitsgruppen des Europäischen Konvents einfließen.

Wir verpflichten uns, selbst als Multiplikatoren in diesem Prozess zu wirken. Wir werden den jungen Menschen, die wir vertreten, Bericht erstatten und uns darüber hinaus an die europäische Jugend im Allgemeinen wenden, um sicherzustellen, dass die Diskussion über die Zukunft Europas nicht auf eine kleine Zahl europäischer Bürger beschränkt bleibt. Wir glauben, dass diese Verpflichtung sehr wichtig ist und zu den natürlichen Aufgaben der Delegierten eines Jugendkonvents gehört.

Im Gegenzug fordern wir regelmäßige Anhörungen und eine direkte Einbeziehung junger Menschen in die laufenden Arbeiten des Konvents zur Zukunft Europas und der EU-Organe im Allgemeinen. Der Konvent sollte die Jugend in der föderalen Verfassung stärker hervorheben, so dass jugendrelevante Fragen ernster genommen werden; die Hauptverantwortung für die Jugendpolitik sollte allerdings weiterhin in der Zuständigkeit der Mitgliedstaaten liegen. Der Verfassungsvertrag sollte die Rolle der Nichtregierungsorganisationen und der Sozialpartner im Hinblick auf die EU-Organe anerkennen, so dass die Bürger stärker an der Europäischen Union partizipieren können.

Der Konvent sollte die Jugendorganisationen, die Jugenddelegierten und andere aktive junge Menschen als Quelle für innovative Ideen einbeziehen; wir halten uns bereit und glauben, dass Sie in dieser Hinsicht auf uns zukommen werden, um sicherzustellen, dass die Ideen, Visionen, Beiträge, Anliegen und Interessen junger Menschen Ausdruck finden.

Darüber hinaus stehen wir auf dem Standpunkt, dass der Europäische Konvent dem Präsidium des Jugendkonvents darüber berichten sollte, in welcher Weise unsere Empfehlungen Eingang in die Entwürfe der Arbeitsgruppen und des Vertrags gefunden haben. Der Jugendkonvent ersucht den Europäischen Konvent, vor Abschluss seiner Arbeiten dem Jugendkonvent im Hinblick auf eine zweite Tagung seine Entwürfe vorzulegen. Daher beauftragen wir unser Präsidium und das Europäische Jugendforum, eine zweite Tagung vorzubereiten und im Namen des Jugendkonvents die Initiative zu ergreifen, eine breitere und regelmäßige Anhörung von jungen Menschen und Jugendorganisationen aus ganz Europa während der gesamten Arbeitsdauer des Europäischen Konvents zu organisieren. Wir hoffen, vom Konvent und den EU-Organen die dafür notwendige Unterstützung zu erhalten.